

Maßnahmen des 13. August 1961 stärkten den Sozialismus und sicherten den Frieden

Von Prof. Kurt Tiedke, Mitglied des Zentralkomitees und Rektor der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

Am 13. August jährt sich zum 25. Male jener Tag, an dem entsprechend einem Beschluß der Warschauer Vertragsstaaten rings um Westberlin eine solche Grenzordnung eingeführt wurde, die eine zuverlässige Kontrolle gewährleistete und der imperialistischen Wühlätigkeit gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft den Weg verlegte. Was in den August-Tagen 1961 geschah und welche Bedeutung die Ereignisse hatten, das machte Erich Honecker auf dem Kampfpapier der bewaffneten Kräfte in Berlin am 13. August 1961 mit folgenden Worten deutlich: „Durch die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls sorgten wir für den Schutz der sozialistischen Errungenschaften unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und leisteten zugleich einen großen Beitrag zur Sicherung des Friedens. Der 13. August wird für immer ein Tag sein, der den Beginn eines neuen Abschnitts in der Geschichte unserer Republik und Europas markiert.“ Die Schutzmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961 nehmen in der Tat im Kampf um den Frieden einen bedeutsamen Platz ein. Sie sicherten, daß der im Mai 1945 durch die Kräfte der Antihitlerkoalition so teuer erkämpfte Frieden erhalten blieb. Wie historische Erfahrungen belegen und der Kampf unserer Tage beweist, gibt es Zeiten, in denen die fortschrittlichen Kräfte ihre Anstrengungen um ein Vielfaches verstärken müssen, damit das Errungene gesichert und weitergeführt werden kann. Der Sommer 1961 war eine solche Bewährungssituation für die SED und das Volk der DDR.

Pläne für den „Tag X“ wurden vereitelt

Rechtzeitig erkannte die SED, daß im Sommer 1961 für den Weltfrieden viel auf dem Spiel stand. Genosse Erich Honecker sagte auf dem genannten Appell: „Die aggressivsten Kreise des Imperialismus in der BRD und in anderen Staaten der NATO unternahmen damals massiv den Versuch, ihre Träume vom ‚Tag X‘ zu realisieren. Als ihr Ziel nannten sie unverhohlen das Zurückrollen des Sozialismus, die Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden. In ihrer Verblendung sahen sie, wie sie selber sagten, schon die Bundeswehr mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor ziehen.“

Im Juli und August 1961 erreichte der psychologische Krieg gegen die DDR ein beispielloses Ausmaß. Die von Konrad Adenauer geführte Bonner Regierung verkündete immer offener ihre Blitzkriegspläne und sprach davon, daß man sich auf eine „Berlin-Krise“ im Herbst einstellen müsse. Der sogenannte Forschungsbeirat der Regierung der BRD für „Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ legte am 6. Juli 1961 einen detaillierten Plan vor, wie die volkseigenen Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach diesem „Tag X“ in kapitalistische Betriebe umgewandelt werden sollten.

In der BRD und Westberlin wurden alle Register imperialistischer Propaganda gezogen. Die seit Jahren praktizierte Abwerbung von Spezialisten der DDR weiteten die damit befaßten Agenturen systematisch zum Menschenhandel großen Stils aus. Dazu kamen Spionage und zahlreiche Sabotageakte in der DDR. So legten Beauftragte westlicher Geheimdienste am 7. August im Berliner Schlacht- und Viehhof einen Großbrand, am 11. August sollte die Humboldt-Universität in Flammen aufgehen. Am laufenden Band wurden Grenzprovokationen organisiert, die aktiv von staatlichen Organen der BRD, Westberlins und der westlichen Besatzungsmächte unterstützt wurden. Die DDR bekam so schon sehr frühzeitig die Auswirkungen des organisierten imperialistischen Staatsterrorismus zu spüren. Parallel zu diesen provokatorischen Vorstößen gegen die DDR, die den Vorwand für ein „Eingreifen“ oder einen Frontalangriff liefern sollten, forcierte die NATO ihre militärischen Maßnahmen. Die imperialistischen Abenteurer mißbrauchten für ihre Umtriebe gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht vor allem die besondere geographische und politische Lage Westberlins mit seiner offenen Grenze zur DDR. Westberlin war bis 1961 mit über 80 Niederlassungen von Spionage- und Terrororganisationen sowie 66 revanchistischen und militaristischen Verbänden als Diversionzentrum ausgebaut worden. Die offene Grenze wurde rigoros zur Schädigung der Bürger der DDR durch Abwerbung von Arbeitskräften, durch den illegalen Wechsellagerungs- und den Aufkauf hochwertiger Industrie- und Konsumgüter, die Inanspruchnahme von Dienstleistungen und anderes mehr mißbraucht.